

KOMPETENZ

DAS MAGAZIN FÜR DEN ORGANISIERTEN ERFOLG

1/Jän.-Feb. 2012

www.gpa-djp.at



Wie krank ist unser System?

Robert Misik über die Wirtschaftskrise ab Seite 4

Inhalt

Thema

- 04 Wie krank ist unser System?
- 10 Kommentar

Aktuell

- 11 Kurzmeldungen
- 12 Hände weg vom Geld der ArbeitnehmerInnen
- 14 Rote Karte für das AUA-Management
- 16 Lehrlinge: Ausbeutung gratis

Arbeitswelt

- 17 Kurzmeldungen
- 18 Finance-KV: Interview Wolfgang Heinzl
- 20 BAGS-KV: Mangelnde Anerkennung
- 22 Gesundheitsvorsorge zahlt sich aus
- 24 Caritas-KV: Keine Einigung

Service

- 25 Kurzmeldungen
- 26 WBV-GPA (Advertorial)
- 28 CARD-Angebot
- 30 Gewinnspiele und Ermäßigungen
- 31 Buch, Offenlegung

4



© Andreas, Dreamstime.com

Wie krank ist unser System?

14



© Willi Denk

Rote Karte für AUA-Manager

18



© claudiobaba, istockphoto.com

Kollektivvertrag Finance

IMPRESSUM

Leserbriefe an kompetenz@gpa-djp.at

Herausgeber: ÖGB, GPA-djp, 1034 Wien, Alfred-Dallinger-Platz 1, Tel. 05 03 01-301, service@gpa-djp.at

Verlag und Medieninhaber: Verlag des Österreichischen Gewerkschaftsbundes GmbH, 1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1, Tel. 01/662 32 96

Chefredakteurin: Dr. Dwora Stein

Stv. Chefredakteur: Mag. Martin Panholzer, martin.panholzer@gpa-djp.at, Chefin vom Dienst: Dr. Barbara Lavaud, barbara.lavaud@gpa-djp.at

Redaktion und Anzeigen: Renate Zaunscherb, renate.zaunscherb@gpa-djp.at

Art direction und Layout: Kerstin Knüpfel Dipl. Designerin (FH)

Druck: Leykam Druck GmbH & Co KG, 7201 Neudörf, Bickfordstr. 21

Verlagsort: Wien Herstellungsort: Neudörf

Coverfoto: Aiksing, Dreamstime.com

DVR-Nr. 0046655 ZVR-Nr. 576439352

Die Redaktion behält sich alle Rechte der Vervielfältigung und des Vertriebs der zum Abdruck gelangten Beiträge sowie ihre Verwendung für andere Ausgaben vor. Namentlich gekennzeichnete Beiträge stellen die Meinung der AutorInnen dar und müssen sich nicht mit der Meinung der Redaktion decken. Die Redaktion haftet nicht für unverlangt eingeschickte Artikel und Fotos.



Hände weg vom Geld der ArbeitnehmerInnen!

Noch nie hatten wir in den vergangenen Jahren so viele Konflikte gleichzeitig bei Kollektivvertragsverhandlungen wie in diesem Winter: Ob im Gesundheits- und Sozialbereich und bei der Caritas, bei den Banken und Sparkassen, bei den Austrian Airlines, in der Reisebüro-Branche und im grafischen Gewerbe – überall versuchen die Arbeitgeber den Beschäftigten ihre faire Gehaltserhöhung vorzuenthalten. Für die Gewerkschaft ist solch eine Vielzahl von Konflikten eine Herausforderung, bei der wir alle mit voller Kraft und Schulter an Schulter mit den Betriebsräten für unsere Mitglieder arbeiten.

Jetzt ist es wichtiger denn je, den ArbeitnehmerInnen solidarische Unterstützung in ihren jeweiligen Konflikten mit den Unternehmen zu geben. Bei den Verhandlungen stehen die Gehaltserhöhungen im Mittelpunkt, da die Kaufkraft erhalten und gestärkt werden muss. Die Finanzkrise ist noch nicht ausgestanden. Österreich steht jedoch vergleichsweise gut da: Der Arbeitsmarkt ist stabil, die Nachfrage auch. Sinkende Realeinkommen würden jedoch den Konsum schwächen und damit die Wirtschaft stärker schädigen als bisher die Auswirkungen der Finanzkrise. Daher kämpfen wir sowohl auf politischer Ebene für mehr Steuergerechtigkeit und

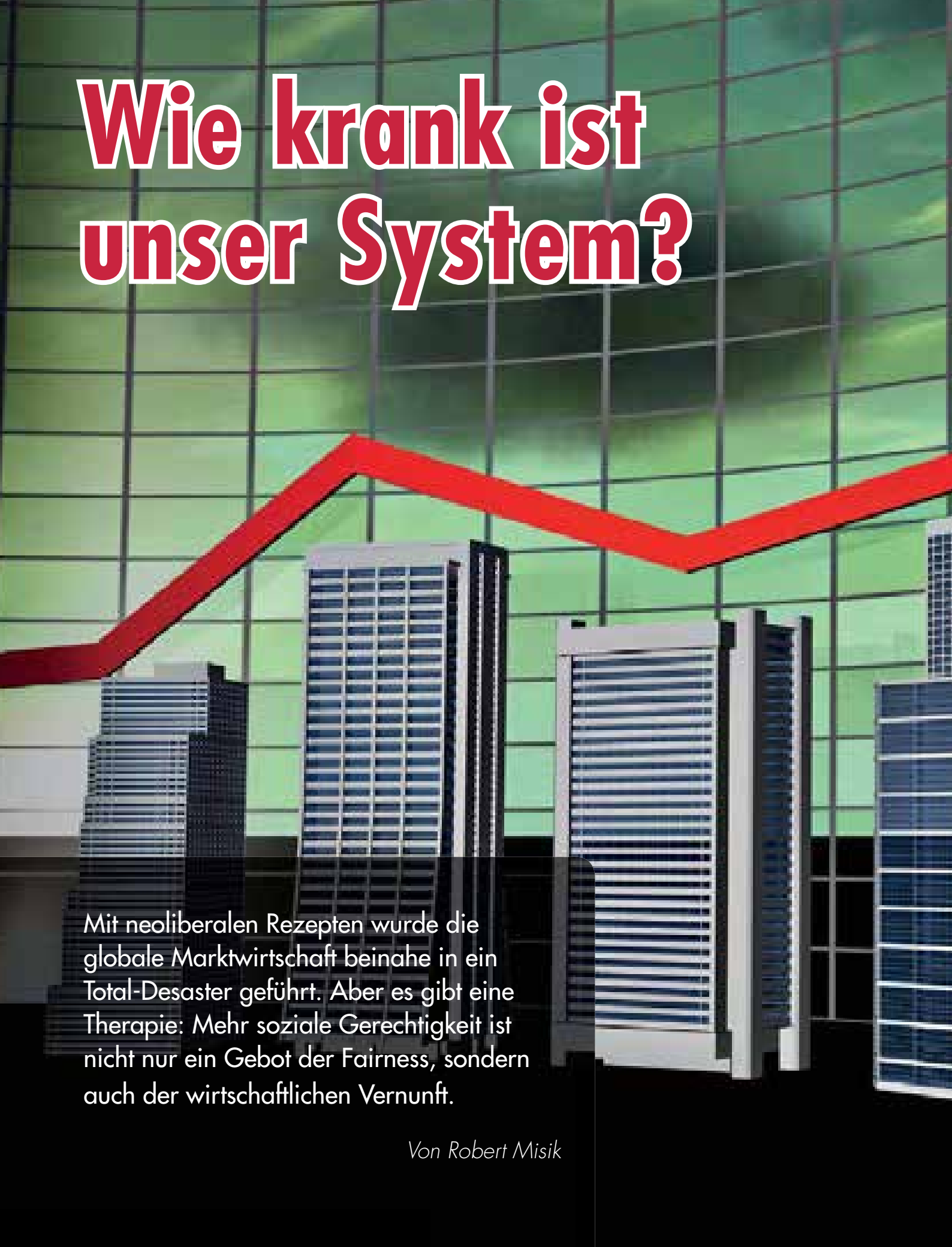
gegen Sparpakete als auch in den Kollektivverträgen für eine faire Gehaltserhöhung.

Es geht natürlich auch um mehr: Die Leistung der Menschen muss endlich Anerkennung finden. Vor allem im Gesundheits- und Sozialbereich ist es beschämend, wie wenig die dort Beschäftigten im Vergleich zu ihrer großen Leistung für die Gesellschaft verdienen.

Robert Misik bringt es in der Coverstory auf den Punkt: Mehr soziale Gerechtigkeit ist nicht nur ein Gebot der Fairness, sondern auch der wirtschaftlichen Vernunft. Eine gerechte Gesellschaft nützt uns allen. Unser gemeinsames Ziel muss es sein, dazu einen Beitrag zu leisten.

Dwora Stein
Chefredakteurin

Wie krank ist unser System?



Mit neoliberalen Rezepten wurde die globale Marktwirtschaft beinahe in ein Total-Desaster geführt. Aber es gibt eine Therapie: Mehr soziale Gerechtigkeit ist nicht nur ein Gebot der Fairness, sondern auch der wirtschaftlichen Vernunft.

Von Robert Misik



© pmt

© Relient, dreamstime.com



Es war in den dramatischsten Stunden der Weltfinanzkrise, als im Herbst 2008 die Investmentbank Lehman-Brothers zusammenkrachte, da rief Mohamed El-Erian daheim bei seiner Frau an. El-Erian, Chef des Investmentfonds Pimco – eine der größten Gesellschaften dieser Art –, wollte herausfinden, ob der Kapitalismus schon zusammengebrochen sei. „Ich habe meine Frau zum Geldautomaten geschickt.“ Die Dame konnte Entwarnung geben: Es kam noch Geld aus dem Bankomaten.

Auch wenn das nur eine amüsante Schnurre ist, so zeigen Anekdoten wie diese doch: Wir haben es nicht nur, wie das gelegentlich beschwichtigend heißt, mit „wirtschaftlichen Schwierigkeiten“ zu tun. Das gesamte globale

Wirtschaftssystem, die kapitalistische Marktwirtschaft als Ganzes steht auf des Messers Schneide. Der Zusammenbruch einer großen Finanzinstitution, die Pleite eines Landes, der Kollaps der Euro-Zone – all das könnte einen Dominoeffekt auslösen, der den Zusammenbruch

**Die kapitalistische Marktwirtschaft
als Ganzes
steht auf Messers Schneide.**

aller wichtigen Finanzinstitutionen nach sich zieht. Und eine kapitalistische Marktwirtschaft ohne Banken, das ist schlechterdings nicht vorstellbar. Das gesamte Wirtschafts-geschehen käme von einem Tag auf den anderen zum Erliegen: Firmen könnten ihre Beschäftigten nicht mehr bezahlen, die Supermärkte ihre Zulieferer nicht mehr und die

Konsumenten bekämen kein Geld mehr aus dem Bankomaten. Kolbenreißer. Maschine kaputt.

Steigender Verschuldungsgrad

In gewissem Sinne ist die Situation heute noch gefährlicher als 2008, als Herr El-Erian seine Frau vorsorglich zur Bank schickte. Damals herrschte noch das allgemeine Vertrauen, dass im Notfall die Regierungen die angeschlagenen Banken retten können. Heute ist dieses Vertrauen brüchig geworden, weil viele Staaten selbst Schwierigkeiten haben, an Geld zu kommen. Denn in Folge der Finanzkrise stieg der durchschnittliche Verschuldungsgrad der Staaten um rund 20 Prozent. Wer also 2008 einen Staatsschuldenstand von 30 Prozent des Bruttoinlandsprodukts

– also der gesamten Wirtschaftsleistung einer Volkswirtschaft – hatte, hat heute einen von 50 Prozent. Wer vorher bei 60 Prozent lag, liegt heute bei rund 80 Prozent. Wer bei 100 Prozent lag – keucht heute unter 120 Prozent.

Mit einem Wort: Es ist etwas tief faul im System, und die Situation ist brandgefährlich. Was aber genau faul ist, darüber gehen die Meinungen auseinander. Es gibt Stimmen, die sogar behaupten, dass das System nicht nur zusammenbrechen kann, sondern sogar zusammenbrechen muss. Das Geldsystem mit Zins- und Zinseszins treibe naturnotwendig auf den Kollaps zu, da Vermögen auf der einen und Schulden auf der anderen Seite ins Unermessliche wachsen müssen – bis dann der große Pallawatsch kommt.

Wohlstand und faire Verteilung

Freilich, die kapitalistische Marktwirtschaft lebt seit 300 Jahren mit Krisen, hat aber auch immense Wohlstandsgewinne gebracht und auch lange Phasen stabiler Prosperität gekannt – und auch Perioden relativ fairer Verteilung. Mehr noch: diese faire Verteilung war sogar die Voraussetzung für die stabile Prosperität. Diese Meinung vertreten jene Wirtschaftsexperten, die in der Tradition der Wirtschaftslehre des großen Ökonomen John Maynard Keynes stehen, also etwa Wirtschaftsnobelpreisträger wie Paul Krugman oder Joseph Stiglitz. Der Aufstieg der Finanzbranche zum mächtigsten Wirtschaftssektor – in den USA etwa konzentriert die Finanzindustrie dreißig Prozent der Unternehmensgewinne –, die zunehmende Instabilität und das Wachstum der Ungleichheit stehen für diese Experten in einem engen Zusammenhang.

Die Ungleichheitsschere hat sich in den vergangenen zwanzig Jahren in praktisch allen entwickelten Marktwirtschaften deutlich geöffnet. Hat das reichste Prozent vor dreißig Jahren zwischen fünf und zehn Prozent der Einkommen auf sich konzentriert, so sind es heute zwischen zehn und zwanzig Prozent – vorsichtig geschätzt. In den USA hat der Wert wohl 20 Prozent schon weit überschritten. In den vergangenen Jahrzehnten hat sich das reichste oberste Prozent praktisch den gesamten Wohlstandszuwachs gekrallt. Korruption wurde endemisch. Für die restlichen 99 Prozent ist höchstens Stagnation übriggeblieben. Also: mehr Stress, mehr Arbeit – oft für weniger Geld.

Das ist nicht nur unfair, sondern auch wirtschaftlich unvernünftig. Zunächst einmal untergräbt es die Zustimmung zum marktwirtschaftlichen System als solches. Selbst konservative und neoliberale Publizisten haben das unterdessen eingesehen. So sorgte der britische konservative Leitartikler Charles Moore – immerhin der offizielle Biograf der neoliberalen Übermutter Margaret Thatcher – im vergangenen Sommer mit der Feststellung

für Aufsehen, „ich beginne zu glauben, dass die Linke recht hat“. Denn: „Die Reichen werden reicher, aber die Löhne sinken.“

Ungleichheitsschere geht auf

Auch an Österreich – an sich eines der relativ „gleichen“ Länder der Welt – ist dieser Trend nicht vorübergegangen. 473,4 Milliarden Euro betragen die Finanzvermögen in Österreich. 238 Milliarden, also rund 54 Prozent davon, befinden sich in den Händen der obersten zehn Prozent. Bei Immobilien- und Anlagevermögen ist die Ungleichverteilung noch krasser. Grob gesprochen konzentrieren die zehn Prozent der Reichsten beinahe zwei Drittel aller Vermögenswerte. Und nicht nur bei den Vermögen, auch bei den Einkommen geht die Schere auf, und der Anteil der Lohneinkommen an allen laufenden Einkommen sinkt. Dies führt dazu, dass Volkswirtschaften unter ihren Potenzialen bleiben. Es werden mehr und mehr Güter produziert, aber die BürgerInnen haben nicht genug Geld in der Tasche, um sie zu kaufen. Damit sinken auch die Gewinnerwartungen für Unternehmen in der Realwirtschaft. Gleichzeitig gibt es immer

Der Zusammenbruch einer großen Finanzinstitution, die Pleite eines Landes, der Kollaps der Euro-Zone – all das könnte einen Dominoeffekt auslösen, der den Zusammenbruch aller wichtigen Finanzinstitutionen nach sich zieht.



mehr Vermögen, die auf Finanzmärkten nach lukrativen Anlagen suchen – während die Realwirtschaft mit schwachen Wachstumsraten vor sich hindümpeln muss.

Verschuldung und Vermögenszuwächse gehen in einer solchen Situation Hand in Hand. Normale BürgerInnen verschulden sich, um ihren Lebensunterhalt bestreiten zu können – vor allem in Großbritannien und in den USA wurde wie wild auf Pump eingekauft. Auch die Staaten verschulden sich, nicht zuletzt deshalb, weil die Vermögenden kaum mehr zum Steueraufkommen beitragen. Das Wachstum der Staatsverschuldung macht die Vermögenden aber noch reicher – denn sie kaufen Staatsanleihen der geldhungrigen Staaten, das heißt: Sie leihen den Staaten Geld und kassieren dafür Zinsen. Ein zusätzlicher Mechanismus der Umverteilung von den normalen BürgerInnen zu den Reichen und den Finanzinstitutionen.

Normale BürgerInnen verschulden sich, um ihren Lebensunterhalt bestreiten zu können.

© Nurih Wagner-Strauss

Sparprogramme schaden

Jetzt, in der zweiten Phase der Finanzkrise, die in eine „Staatschuldenkrise“ uminterpretiert wird (obwohl die Staatsschulden ja deshalb explodiert sind, weil die Kosten der Finanzkrise von den Regierungen getragen wurden), droht die Gefahr, dass viele Regierungen das exakt Falsche machen: Sie legen in Panik Sparpakete auf, die hauptsächlich die normalen BürgerInnen treffen und auch noch die Wirtschaft abwürgen – aller Alarmrufe renommierter Wirtschaftsexperten zum Trotz.

Die Reichen werden reicher, aber die Löhne sinken.

Vor allem in der Eurozone ist dieses einseitige Sparen gerade die alleinige Richtschnur fast aller Regierungen. „Die europäischen Regierungschefs bieten den Krisennationen Notkredite an, aber nur im Austausch gegen das Versprechen, brutale Austeritäts-, also Sparprogramme zu installieren, die im Wesentlichen aus Ausgabenkürzungen bestehen“, schüttelt Wirtschaftsnobelpreisträger Paul Krugman den Kopf. Doch diese Sparprogramme lösen nicht nur Schmerz und Elend aus, sie „verschlimmern auch den ökonomischen Einbruch und reduzieren die Staatseinnahmen.“

Nouriel Roubini, einer der berühmtesten Wirtschaftsanalytiker der Gegenwart – er hat immerhin den Zusammenbruch der US-Immobilienbranche und die daraus resultierende Finanzkrise exakt vorausgesagt –, formuliert noch drastischer: „Der Kapitalismus ist im Begriff, sich selbst zu zerstören“, sagte Roubini im „Wall Street Journal“. Wegen der gigantischen Umverteilung



Brutale Sparprogramme verschlimmern den ökonomischen Einbruch und reduzieren die Staatseinnahmen.

zugunsten der Reichen, die jetzt auf ihrem Geld sitzen, sei die Nachfrage in der westlichen Welt dramatisch eingebrochen, so Roubini. Selbst die OECD – die sozialistischer Umtriebe unverdächtige Weltwirtschaftsorganisation – sorgte zuletzt mit einer Studie für Aufsehen, die die wachsenden Ungleichheiten als wichtigste Quelle der wirtschaftlichen Probleme analysiert.

Vermögenssteuern statt Sparpakete

Wenn also die Staaten ihre Budgets in Ordnung bringen und ihre Schulden reduzieren wollen, dann müssen sie das auf eine Weise tun, die die Ungleichheiten abbaut und nicht auf eine Weise, die die wirtschaftlichen Instabilitäten noch fördert. Deshalb ist es nicht nur ein Gebot der Fairness, sondern auch der wirtschaftlichen Vernunft, die nötigen Haushaltskonsolidierungen über Vermögenssteuern zu finanzieren.

In den politischen und medialen Debatten wird freilich heute aller Ton darauf gelegt, dass mehr soziale Gerechtigkeit über das Steuersystem und über Umverteilung hergestellt werden muss. Das ist nicht falsch, aber eines wird gerne vergessen: Der beste Weg zu einer gerechteren Verteilung ist immer noch, dass normale BürgerInnen anständige und faire Löhne für ihre Arbeit erhalten.

Aber gerade im ersten Jahrzehnt des neuen Jahrtausends blieb die Entwicklung von Löhnen und Gehältern hinter dem Wirtschafts- und Produktivitätswachstum zurück. Die Jobs wurden unsicherer, die Beschäftigten erpressbarer, prekäre Arbeitsverhältnisse breiteten sich aus, wer jung ist, muss oft froh sein, einen freien Dienstnehmervertrag zu ergattern.

Mehr Gleichheit

Der beste Weg sind, kurzum, ordentliche Beschäftigungsformen und kräftige Lohnsteigerungen – und die können, wie alle Erfahrung zeigt, nur starke Gewerkschaften durchsetzen.

Mehr Gleichheit – das heißt: die Verringerung krasser Wohlstandsunterschiede – ist aus all diesen Gründen die wichtigste Orientierungsmarke, wenn man unser Wirtschaftssystem von den Klippen wegführen will.

Gesellschaften ohne krasse Ungleichheiten funktionieren aber nicht nur ökonomisch besser, sie funktionieren auch als Gesellschaften besser. Die britischen SozialwissenschaftlerInnen Richard Wilkinson und Kate Picket haben in einer groß angelegten Untersuchung, die global für Furore sorgte, gezeigt, dass Gesellschaften mit geringeren Einkommensungleichheiten in praktisch jeder Hinsicht besser funktionieren als Gesellschaften mit größeren Ungleichheiten. Ob bei der Kindersterblichkeit, dem Bildungsniveau, dem Alkoholismus, der Lebenserwartung, der allgemeinen Volksgesundheit, dem wechselseitigen Vertrauen zwischen den BürgerInnen, ob Kriminalität oder Teenagerschwangerschaften – welche Indikatoren immer man betrachtet, in „gleicheren“ Gesellschaften lebt es sich besser. Deshalb formuliert etwa der österreichische

Unternehmer und ehemalige liberale Politiker Christian Köck: „Ein Staat funktioniert nur, wenn die Bevölkerung mehrheitlich glaubt, dass es gerecht zugeht. Aus der Sicht von jemanden, der vermögend ist, gern hier lebt und sein Geld nicht in eine private Polizei stecken will, ist es logisch, etwas davon abzugeben, damit wir gemeinsam gut hier leben können.“

Gemeinschaftsgeist

In den vergangenen Jahrzehnten haben wir alles dem Wirbelwind des Marktes ausgesetzt und alles zur Ware gemacht – und damit die Marktwirtschaft beinahe zerstört. Damit ist aber deutlich geworden, dass Wirtschaft nicht so funktioniert, wie sich das die neoliberalen Phantasie-Ideologen vorstellen. Eine Marktwirtschaft funk-

tiert nur, wenn es gerecht zugeht. Gesellschaften verlieren an Lebensqualität, wenn sich die Winner alles krallen. Gemeinschaften zerstören sich, wenn man alles zur Ware macht. Gerade in der New Economy ist auch ein neuer Gemeinschaftsgeist gefragt, weil viele Güter gemeinsam genützt werden. Und auch traditionelle Firmen funktionieren besser, wenn die Beschäftigten etwas mitzureden haben. Die Mitbestimmung im Unternehmen, die in den vergangenen zwanzig Jahren oft als altmodisch dargestellt wurde, führt dazu, dass Unternehmen nachhaltiger wirtschaften und sich auch in schwierigen Zeiten behaupten können.

Wie krank ist also das System? Ziemlich krank. Aber es gibt eine Therapie. Und die ist vielleicht nicht einmal so schwierig. ■

Die Mitbestimmung in Unternehmen könnte Betrieben dabei helfen, nachhaltiger zu wirtschaften und sich auch in schwierigen Zeiten zu behaupten.



Kommentar



© Nuri/Wagner-Strauss

Faire Steuern statt sparen!

Obwohl eine Ratingagentur vor übertriebener Sparpolitik warnt, will die Politik immer noch bei den kleinen Leuten einsparen.

Von Wolfgang Katzian

Eine Ratingagentur – ohne Zweifel über jeden Verdacht der Kapitalismuskritik erhaben – kritisiert die rigorose Sparpolitik und rechtfertigt so unter anderem Österreichs Verlust des AAA. Kurze Zeit später ist diese Aussage uminterpretiert und konservative Medien sowie sparfrequide PolitikerInnen tönen unisono: Wir haben nicht genug Sparwillen gezeigt und die Schuldenbremse nicht in der Verfassung verankert, und das hätte uns das AAA gekostet. Dahinter steht ein klares Ziel: Den öffentlichen Druck zum Sparen zu erhöhen und eine Budgetkonsolidierung, die allein durch Ausgabenkürzungen passieren soll, als alternativenlos erscheinen zu lassen.

Daher ist es, wie immer man zur Rolle von Ratingagenturen generell stehen mag, hilfreich, sich die Begründung von Standard & Poors ein bisschen genauer anzusehen. Denn diese ist eigentlich recht vernünftig und analysiert, dass eine einseitige Sparpolitik die Nachfrage und Steuereinnahmen abwürgen würde, und so zum Eigentor werden könnte. Einen Aufruf zu noch strengerem Sparen kann man darin beim besten Willen nicht finden.

ÖGB, Gewerkschaften und Arbeiterkammer haben daher am 20. Jänner in einer Konferenz klargestellt, dass wir diese Realitätsverzerrung nicht einfach hinnehmen werden. Wenn wir unseren Sozialstaat in gleicher Qualität aufrechterhalten wollen und gleichzeitig Spielraum für Investitionen und Wachstum und die Bekämpfung von Arbeitslosigkeit schaffen wollen, heißt die Devise neue Einnahmen. Der Haupt-

Nicht der Mittelstand, sondern die Vermögenden sollen einen größeren Beitrag leisten.

teil der Budgetkonsolidierung muss aber von den Krisenverursachern geleistet werden.

Und auch wenn es schon oft gesagt wurde: Die Logik, dass Steuern für Reiche die LeistungsträgerInnen und den Mittelstand treffen und damit den Betrieben und dem Wirtschaftsstandort schaden, entbehrt jeder Grundlage. Als konkretes Beispiel dafür möchte ich nur die Anhebung des Spitzensteuersatzes nennen: Wenn Menschen, die ein höheres Einkommen als der Bundeskanzler haben, also mehr als 20.400 Euro im Monat verdie-

nen, in Zukunft mehr Steuern zahlen müssen, dann ist das eine mehr als großzügige Interpretation von Mittelstand. Ich bin jedenfalls der Meinung, dass diese Spitzenverdiener beim besten Willen nicht mehr zum Mittelstand gezählt werden können.

Leicht zu entkräften ist auch das Stereotyp, dass Vermögenssteuern eine Enteignung bedeuten. Nach dieser Logik werden ArbeitnehmerInnen und PensionistInnen nämlich auch enteignet, wenn sie einkaufen und dabei Mehrwertsteuern zahlen. Ganz zu schweigen von der Regel der Vermögensverwertung, die schlagend wird, wenn jemand in ein Pflegeheim muss, oder in eine soziale Notlage gerät und Mindestsicherung beantragen muss.

Dagegen ist eine Besteuerung von Vermögen über 700.000 Euro mit einem Steuersatz 0,5 bis maximal 1,5 Prozent wohl eine äußerst harmlose „Enteignung“. Denn wenn wir uns in diesen Zeiten etwas nicht mehr leisten können, dann ist das nicht unser Sozialstaat, sondern staatliche Reichtumspflege durch de facto Steuerfreiheit für Vermögen. ■



© Schedl

Grafisches Gewerbe: Warnstreiks

Betriebsversammlungen und erste Warnstreiks im Kampf um den Kollektivvertrag.

Im Ringen um einen neuen Kollektivvertrag für die Druckerbranche (grafisches Gewerbe) erhöhte die GPA-djp deutlich den Druck und hielt am 25. Jänner Betriebsversammlungen und erste Warnstreiks ab. Etwa 1.500 Druckerei-Beschäftigte in 30 Betrieben ausgewählter Bogen- und Rollendruckereien legten ihre Arbeit nieder.

Ein Streik wird in weiterer Folge nicht ausgeschlossen, den Beschluss dafür hat sich die GPA-djp beim ÖGB bereits zum Jahreswechsel geholt. Betroffen von den Warnstreiks waren die Leykam-Tochter Let's Print, die

Salzburger Oberndorfer Druckerei, die Druckerei Berger in Horn sowie Bogendruckereien in Wien, Niederösterreich, Oberösterreich und Salzburg wie etwa Holzhausen Druck oder die Druckerei Ueberreuter.

Der Verband Druck und Medientechnik hat den Kollektivvertrag per Ende März 2012 gekündigt. Im Zentrum des Arbeitskampfes stehen Kürzungen bei den Zulagen und eine Arbeitszeitverlängerung.

Mehr dazu auf www.gpa-djp.at



Schlecker – wie geht es weiter?

Die GPA-djp bietet den Angestellten der Drogeriekette ein BeraterInnen-Netzwerk an, um in einer für die Betroffenen schwierigen Situation eine bestmögliche Beratung und Betreuung sicherzustellen.

Bei allen Fragen rund um die Insolvenz in Deutschland und möglichen Folgen für die Angestellten in Österreich, die korrekte kollektivvertragliche Einstufung oder alles rund um die richtige Abrechnung können die ExpertInnen der GPA-djp rasch und kompetent Auskunft erteilen.

GPA-djp Service-Telefon: **05 03 01-301**

Griechischer Gewerkschafter in Haft

Weil er sich an gewerkschaftlichen Protestaktionen gegen die Sparpolitik der Regierung beteiligt hatte, landete Nikos Photopoulos auf der Anklagebank. Photopoulos, Präsident der griechischen ElektrizitätsarbeiterInnen-Gewerkschaft GENOP, und neun Kollegen hatten sich gegen die Einhebung einer neuen Sondersteuer über die Stromrechnung gewehrt.

Um das Ausdrucken neuer Bescheide zu verhindern, hatten sie den Zutritt zum Rechenzentrum der öffentlichen Elektrizitätswerke DEI verwehrt. Sie wurden festgenommen, der Prozess gegen sie begann am 10. Jänner. Den Männern drohen mehrjährige Haftstrafen.

Die GPA-djp steht in voller Solidarität hinter Nikos Photopoulos und seinen Kollegen und fordert die griechische Regierung auf, die strafrechtliche Verfolgung und Kriminalisierung von GewerkschafterInnen sofort zu beenden. „Der Einsatz von Polizei und Justiz als Antwort auf wachsende Proteste gegen die Sparpolitik einer Regierung steht in krassem Widerspruch zu allen demokratischen Regeln und Standards“, kritisiert GPA-djp-Vorsitzender Wolfgang Katzian das Geschehen.

www.gpa-djp.at/international



Hände weg vom Geld der ArbeitnehmerInnen!

GPA-djp-Vorsitzender Wolfgang Katzian über Schuldenabbau, Steuerpolitik und die Wichtigkeit guter Gehaltsabschlüsse.

Das Interview führte Barbara Lavaud.

KOMPETENZ: Hat Österreich die vergangene Finanzmarktkrise bewältigt, oder haben wir jetzt zu hohe Schulden?

Wolfgang Katzian: Österreich hat die Krise 2008/2009 besser bewältigt als viele andere europäische Länder. Wir haben hervorragende Wirtschaftsdaten, die Unternehmen fahren gute Ergebnisse ein und die Beschäftigung ist im europäischen Vergleich hoch. Die Finanzmarktkrise hat jedoch dazu geführt, dass Österreich nun höhere Staatsschulden hat. Diese

Staatsschulden sind eine Folge der Finanzmarktkrise – nicht ihre Ursache, wie oft von manchen Politikern behauptet wird.

Massive staatliche Programme wie die Kurzarbeit haben zur raschen wirtschaftlichen Erholung beigetragen, aber auch die extrem gute Lohnrunde von 2008 war hier ein wichtiger Wirtschaftsfaktor. Die Lohnpolitik hat uns also auch geholfen, die Krise nicht so stark zu spüren wie in anderen Ländern, weil sie die Kaufkraft der Leute gestärkt hat.

KOMPETENZ: Welche Gefahren bringt nun die Budgetkonsolidierung für die ArbeitnehmerInnen und für den Sozialstaat?

Wolfgang Katzian: Der Anstieg der Staatsschulden ist nicht auf eine unfinanzierbare Ausweitung des Sozialstaates zurückzuführen und die Menschen haben auch nicht über ihre Verhältnisse gelebt. Im Gegenteil: Die SteuerzahlerInnen haben mit dem Bankenrettungspaket geholfen, die Krise zu überstehen. Wir wehren uns dagegen, dass im Rahmen von Sparpaketen

nun genau diese „kleinen“ SteuerzahlerInnen die Staatsschulden abtragen und mit ansehen sollen, wie ihr Sozialstaat kaputt gespart wird. Unsere Devise lautet daher: Hände weg vom Geld der ArbeitnehmerInnen!

Es ist höchste Zeit, nun endlich die Hauptprofiteure der Konjunktur- und Bankenpakete zur Kasse zu bitten, also jene, deren Vermögen und Vermögenswerte 2008 geschützt und gerettet wurden.

KOMPETENZ: Wie sollte der Schuldenabbau bewältigt werden?

Wolfgang Katzian: Man darf die Staatsschulden natürlich nicht aus dem Ruder laufen lassen, das ist klar. Doch diese Schulden nur ausgabenseitig abzubauen und neue Steuern für die ArbeitnehmerInnen zu erfinden, wie das der Finanzministerin vorschwebt, das würde direkt in die Rezession führen. Für eine Sanierung des Budgets brauchen wir mehr Einnahmen. Gewerkschaften und Arbeiterkammer haben ein gemeinsames Forderungspaket erarbeitet: Wir wollen einen Maßnahmen-Mix aus sinnvollen Einsparungen – wir könnten uns zum Beispiel durch eine Kürzung der Wirtschaftsförderung vorstellen, und auch diverse Förderungen für die Landwirtschaft kann man sicher hinterfragen – und natürlich neuen Einnahmen.

Dazu gehören eine Besteuerung von Vermögen über 700.000 Euro mit einem Steuersatz 0,5 bis maximal 1,5 Prozent und eine stärkere Besteuerung der Spitzenverdiener. Keinesfalls darf es eine Erhöhung der Massensteuern wie der Mehrwertsteuer oder der Mineralölsteuer geben, denn das trifft die BezieherInnen niedriger Einkommen am stärksten und wäre daher sozial äußerst ungerecht.

KOMPETENZ: Wie sind Ihre Prognosen für das Jahr 2012?

Wolfgang Katzian: Aller Voraussicht nach ist in Österreich 2012 mit einem Wirtschaftsabschwung zu rechnen. Die Maßnahmen zur Budgetkonsolidierung dürfen daher die wirtschaftspolitischen Ziele Beschäftigung, Wachstum und Verteilung nicht aus den Augen verlieren. Oberste Priorität haben der Arbeitsmarkt und die Nachfrage.

Durch die aktuelle Teuerung wird die Kaufkraft immer geringer. Wir brauchen daher Lohnabschlüsse, die das aufwiegen. Derzeit versuchen die Unternehmer in den Kollektivvertragsrunden die Abschlüsse nach unten zu drücken. Hier haben wir als Gewerkschaft momentan alle Hände voll zu tun. Unsere Abschlüsse in der Herbstlohnrunde waren sehr gut, und wir lassen auch weiterhin nicht locker – denn wenn die Nettoeinkommen sinken, würde sonst der Konsum



Wolfgang Katzian: „Wir brauchen sowohl gute Gehaltsabschlüsse als auch eine faire Steuerpolitik.“

einbrechen und das wäre dann wie Öl ins Feuer einer beginnenden Rezession.

KOMPETENZ: Was ist für Sie derzeit das Wichtigste – die Lohnabschlüsse oder die Steuerpolitik?

Wolfgang Katzian: Beides ist gleichermaßen wichtig, weil beides die ArbeitnehmerInnen direkt betrifft. Uns geht es darum, dass den Leuten genug Geld im Börsel bleibt, sie einen Arbeitsplatz haben und die Wirtschaft brummt. Dazu brauche ich einerseits gute Gehaltsabschlüsse, damit sich die Menschen das Leben auch leisten können, andererseits eine Steuerpolitik, die die mühsam erkämpften Gehaltserhöhungen nicht gleich wieder auffrisst. Und der

Wirtschaft geht's nur dann gut, wenn's uns allen gut geht – die Wirtschaft braucht KonsumentInnen, die genug verdienen und Vertrauen in die Zukunft haben, sonst kaufen sie nichts und sparen statt dessen.





Wer sich nicht an die Spielregeln hält, bekommt die Rote Karte: Im Anschluss an die Betriebsversammlung zogen 1.000 Beschäftigte vor das AUA-Hauptgebäude, um ihrem Management die Rote Karte zu zeigen.

Rote Karte für das AUA-Management

Trotz vorangegangener Sparpakete und dem Abbau von MitarbeiterInnen will das AUA-Management neuerlich kürzen. Die Beschäftigten wehren sich.

Von Barbara Lavaud

Wieder einmal stehen bei der AUA die Zeichen auf Sturm: Das Management plant einen radikalen Umbau der Konzernstrukturen und Einschnitte in die Kollektivverträge. Schulter an Schulter protestierten der Betriebsrat des Bodenpersonals und die GPA-djp gegen die Sparpläne des Unternehmens.

Besonders verärgert war man über die Vorgangsweise: Der Konzernvorstand übermittelte ohne jedes

Vorgespräch den Entwurf für einen neuen Kollektivvertrag, der inakzeptable Kürzungen vorsieht. Gewerkschaft und Betriebsrat wurden zur Verhandlung „vorgeladen“.

Empörung

„So geht man mit Beschäftigten nicht um“, ist GPA-djp-Vorsitzender Wolfgang Katzian empört. „Wir haben Normen in Österreich, damit meine ich Gesetze und Kollektivverträge. Und wir haben auch infor-

melle Normen, dazu zählt die Sozialpartnerschaft. Es gibt einen gültigen Kollektivvertrag, einen neuen kann es nur mit Zustimmung der Gewerkschaft geben“, erklärte Katzian am 20. Jänner bei einer Betriebsversammlung vor rund 1.000 Beschäftigten des kaufmännischen und technischen Personals.

Einschnitte

Bereits in den vergangenen Jahren haben die Beschäftigten der Flugli-

nie einen großen Beitrag zur Sanierung des Unternehmens leisten müssen: 2009 gab es Kurzarbeit und 2009/10 wurden 1.500 MitarbeiterInnen abgebaut. Im Rahmen eines laufenden Sparpakets müssen die Beschäftigten innerhalb von vier Jahren 150 Millionen Euro zu den Sparzielen beitragen. In einem neuen Sparplan will das Unternehmen nun Vorrückungen streichen und stellt die Inflationsanpassung der Gehälter in Frage – obwohl das bei den Kollektivvertragsverhandlungen fix vereinbart wurde! Beides wird in Deutschland bei der Lufthansa nach wie vor gewährt. Gekürzt werden soll außerdem bei den Abfertigungen.

Alf Junghans, Betriebsratsvorsitzender des AUA-Bodenpersonals, nannte die Vorgangsweise des Unternehmens beschämend: „Es reicht uns allen.“ Der über Nacht an die Belegschaft herangetragene Kollektivvertragsentwurf verdiene den Namen nicht. Die Personalkosten für die AUA-Beschäftigten seien die kostengünstigsten im Lufthansa-Konzern, „die KollegInnen leisten trotz Unterbesetzung dauernd doppelte Arbeit“.

Personalkosten

Für Junghans und sein Betriebsratsteam ist die vom Unternehmen errechnete Personalkostensteigerung nicht nachvollziehbar: „Wie ist es möglich, dass trotz des Abbaus von 1.500 MitarbeiterInnen die Personalkosten weiter gestiegen sein sollen?“ Junghans' eigenen Berechnungen zufolge sind „die Personalkosten in den letzten zwei Jahren um 17 Prozent zurückgegangen. Und überhaupt machen die Personalkosten der rund 2.600 kaufmännisch-technischen MitarbeiterInnen nur sieben Prozent der

AUA-Gesamtkosten aus.“ Junghans vermutet daher, dass die Lufthansa eine „Story“ für die Börse braucht, um ihren Aktienkurs wieder nach oben zu bringen.

„Die Beschäftigten sehen es als blanken Hohn, nach mehrfachen Sparpaketen ständig vorgeworfen zu bekommen, zu wenig zu arbeiten und zu viel zu verdienen“, ärgert sich Junghans. MitarbeiterInnen am Schalter zum Beispiel verdienen Vollzeit maximal 1.500 Euro netto, viele sind jedoch nur teilzeitbeschäftigt und verdienen weniger als die Hälfte, „kein Mensch versteht mehr, wo man da noch kürzen soll“.



Rote Karte

Entsprechend verärgert sind auch die Beschäftigten: Nach der Betriebsversammlung am 20. Jänner vormittags zogen rund 1.000 AUA-MitarbeiterInnen vor die AUA-Zentrale, um ihrem Management die „Rote Karte“ zu zeigen: „Keine Kürzungen mehr! Wir haben schon genug beigetragen!“ lautete der Slogan auf den Karten.

Während das Management behauptet, dass es in den Sparplänen ums „nachhaltige Überleben der AUA“ geht, kann für Junghans im Moment keine Rede von einem Konkurs sein. Auch der stv. GPA-djp-Bundesgeschäftsführer Karl Proyer lehnt es ab, über eine Insolvenz zu spekulieren.

Gewerkschaft fordert Verhandlungen

Proyer will der „Vorladung“ zur Verhandlung über einen neuen Kollektivvertrag so nicht Folge leisten. „Das würde ja Zustimmung zu den Plänen bedeuten, Kürzungen bei Bezügen und Abfertigungen durch-



„Es reicht uns allen“: Das Betriebsratsteam der AUA kämpft gegen weitere Kürzungen.

zuführen. Für konstruktive, offene Verhandlungen sind wir immer zu haben, bevormunden lassen wir uns nicht“, betont Proyer. Dass die AUA dann den Kollektivvertrag einseitig kündigt, wäre ein Schritt zu einer Eskalation. Am 29. Februar findet eine entscheidende Aufsichtsratssitzung zum geplanten Sparpaket statt. Vor allem aber ist dies auch der Stichtag für die Inflationsabgeltung für Teile der AUA-Gehälter. „Wenn dann schon ein Cent fehlt, sehen wir uns wieder“, kündigte Proyer bei der Betriebsversammlung im Jänner an. Dann wäre auch eine Urabstimmung für Streiks fällig. Auch Wolfgang Katzian betont: „Wir scheuen den Konflikt nicht. Wir werden gemeinsam mit dem Betriebsrat alles unternehmen, um die Belegschaft zu unterstützen.“

Video

„Rote Karte für das AUA-Management“ gibt es auch als Video auf der GPA-djp-Homepage www.gpa-djp.at oder Sie folgen dem Code



Ausbeutung gratis



Victoria, Verena und Seher werden gegen den ausbeuterischen Ex-Chef von Christoph Peschek, GPA-djp, unterstützt.

Ein Wiener Unternehmen hat seinen Lehrlingen Ausbildung und Geld vorenthalten. Die GPA-djp verhilft drei jungen Frauen zu ihrem Recht.

Von Christian Resei

Zeugnisse musste die 17-jährige Seher bei ihrem Bewerbungsgespräch keine vorlegen. „Der Ausbildner sagte nur, dass ich am nächsten Tag beginnen kann.“ Erleichtert, nach über 50 Bewerbungen endlich ihrem angestrebten Lehrberuf als Versicherungskauffrau nahe zu sein, freute sich Seher auf den kommenden Tag. Einladungen zu weiteren Auswahlverfahren sagte die junge Frau freilich ab. Doch die Freude war nach einiger Zeit getrübt, Ihre Arbeit bestand meistens darin, in der „Immobilien- und Finanzierungs Ges.m.b.H“ sogenannte Analysen-Termine mit ihren Bekannten, Freunden und Verwandten zu vereinbaren. Anhand eines vorgefertigten Fragebogens sollte Seher herausfinden, welche Versicherungen sie ihnen einreden und verkaufen könnte.

Keilen statt Lehre

Völlig auf sich gestellt, musste sie später auch „Analysen-Termine“ mit fremden Menschen absolvieren. Von Ausbildung keine Spur, vielmehr Keilen im Callcenter: „Meine Arbeit hatte kaum etwas mit dem

zu tun, was wir in der Berufsschule lernten.“ Mit immer größerer Verspätung wurde die Lehrlingsentschädigung überwiesen – bis sie gänzlich ausblieb. Seher erging es genau wie allen anderen Lehrlingen der Firma. „Seit August ist kein Geld mehr überwiesen worden“, ist die junge Frau verzweifelt. Außerdem wurden ihr unentschuldigtes Fernbleiben und „firmenschädliche Gespräche im Betrieb“ unterstellt.

Keine Lehrlingsentschädigung

Im September hat Seher die Konsequenzen gezogen: Gemeinsam mit zwei anderen Lehrlingen, Victoria und Verena, hat sie die GPA-djp um Hilfe gebeten. Seither kümmert sich Christoph Peschek, Regionaljugendsekretär der GPA-djp in Wien, um den Fall. Der Versuch, die Probleme durch ein Gespräch mit dem Chef aus der Welt zu schaffen, scheiterte. Im Gegenteil: Der Unternehmer erklärte, dass die Betroffenen nichts verkaufen und deshalb keine Lehrlingsentschädigung erhalten. Darauf hingewiesen, dass es gesetzlich verboten ist, die Lehrlingsentschädigung an eine Verkaufsleistung zu knüpfen, versprach der Unter-

nehmer die Überweisung. Allein, Geld kam keins. „Er hat sich damit gerechtfertigt, dass die Bank schuld wäre“, ärgert sich Peschek.

Fall vor Gericht

Existenzgefährdend: Von 2.800 bis über 3.000 Euro ist die Firma jedem der Lehrlinge mittlerweile schuldig. Eine Kollegin von Seher hat nun bereits hohe Schulden, die „Immobilien- und Finanzierungs Ges.m.b.H“ kümmert das freilich nicht. Der zynische Lohn für den Kampf um Gerechtigkeit: Die drei jungen Frauen wurden im November entlassen. Mit Dezember hat das unfaire Unternehmen auch die letzte Frist für eine Überweisung verstreichen lassen und sich damit eine Klage der GPA-djp vor Gericht eingehandelt. „Dem Firmenchef droht auch der Entzug der Lehrberechtigung“, erklärt Peschek. „Wir wollen eine gute, faire Ausbildung und nicht skrupellose Ausbeutung!“ Die gute Nachricht: Verena und Victoria haben bereits einen hochwertigen Lehrplatz gefunden. Seher ist noch auf der Suche: „Ich gebe mein Bestes, um eine neue Stelle zu finden.“ ■



Das stößt uns sauer auf!

Kollektivvertragszitrone an Arbeitgeber der Reisebürobranche.



Die Arbeitgeber der österreichischen Reisebürobranche weigern sich, bei den KV-Verhandlungen 2012 eine reallohnwirksame Gehaltserhöhung zu gewähren. Darauf machten BetriebsrätInnen und AktivistInnen der GPA-djp mit einer Aktion bei der Eröffnung der Wiener Ferienmesse aufmerksam: Den Eigentümern, Tourismusmanagern und Geschäftsführern der Branche wurde symbolisch die erste „Kollektivvertragszitrone“ des Jahres 2012 verliehen.

Den Angestellten der Branche wird seit Jahren ein Reallohnverlust zugemutet: 70 Prozent der Beschäftigten sind aufgrund von Überzahlungen von einer Erhöhung, die nur die Min-

destgrundgehälter betrifft, ausgeschlossen. Dieser bereits über Jahre hinweg akkumulierte Reallohnverlust wirkt sich mittlerweile dramatisch auf die Kaufkraft aus.

Bei der dritten Verhandlungsrunde Ende Jänner überreichten BetriebsrätInnen den Arbeitgebern Petitionslisten mit über 1.000 Unterschriften von Beschäftigten, um ihren Forderungen Nachdruck zu verleihen. Einigung konnte trotzdem noch keine gefunden werden. Die nächste Verhandlung findet am 13. März statt.

Das Video zur ersten KV-Zitrone 2012 finden Sie auf unserer Website.



Gute KV-Abschlüsse bei Mineralöl und Zeitungsverlagen

Mit plus 4,3 Prozent KV-Erhöhung und plus 4,2 Prozent Ist-Erhöhung konnten die Gewerkschaften GPA-djp und PRO-GE Ende Jänner einen sehr erfolgreichen Kollektivvertragsabschluss erreichen.

Die Gehälter der kaufmännischen Angestellten bei Zeitschriftenverlagen steigen ab dem 1.1.2012 um 3,5 Prozent, bestehende Überzahlungen bleiben aufrecht. In beiden Kollektivverträgen wurden auch bessere Anrechnungen der Karenzzeiten erreicht.

Mehr dazu auf www.gpa-djp.at/kollektivvertrag

Gesundheitsberufe belasten Gesundheit

Ausgerechnet jene Berufsgruppe, die sich professionell um die Gesundheitsversorgung anderer kümmert, ist selbst gesundheitlich überdurchschnittlich gefährdet. Beschäftigte in Gesundheits- und Pflegeberufen leiden häufiger unter körperlichen Beschwerden als ArbeitnehmerInnen in anderen Berufsgruppen. Das zeigt die jüngste Auswertung der AK Oberösterreich. Neben körperlichen Belastungen wie Muskelverspannungen, Magenbeschwerden, Kopfschmerzen, Erschöpfung und Schlafstörungen treten auch psychische Beeinträchtigungen in den Pflegeberufen häufiger auf als in anderen Berufsgruppen. Zeitdruck, hohe Verantwortung, schwere körperliche Anstrengung und hohe Arbeitsverdichtung sind stark belastende Faktoren.

AK-ÖÖ-Präsident Johann Kalliauer fordert Konsequenzen: „Die Arbeitgeber in diesem Sektor haben viel mehr für die Gesundheit der Beschäftigten zu tun. Wesentlich ist eine Aufstockung des Personals. Denn der Personalengpass ist eine zentrale Ursache zunehmender Belastungen.“



© Erwin Scherlauer

Wolfgang Heinzl leitet die Verhandlungen für den Banken-KV: „Wenn's stressig wird sage ich, so Leute, wir machen jetzt einen Schritt nach dem anderen.“



© Nurih Wagner-Strauss

In der Ruhe liegt die Kraft

Wolfgang Heinzl ist Österreichs oberster Banken-Gewerkschafter. Er verhandelt derzeit den Kollektivvertrag für die 80.000 Angestellten der Finance-Branche.

Von Heike Hausensteiner

Die Rahmenbedingungen für den höchsten Gewerkschaftsfunktionär des Landes, der für die Angestellten aller Bank- und Finanzinstitute spricht, waren noch nie so schwierig wie jetzt. Das gleich zu Beginn des Interviews zuzugeben, damit hat Wolfgang Heinzl keinerlei Probleme. Denn: „Wenn's einen Gott gibt auf dieser Welt, dann hat er mir eines mitgegeben, und das ist, dass ich gut abschalten kann“, erklärt Heinzl. Die Arbeit bis zum nächsten Tag hinter sich zu lassen, das schafft er meist schon auf der Heimfahrt, vielleicht bei einer Zigarette oder dann

beim Entspannen auf Facebook im Internet. Man glaubt es ihm, wenn er meint, „ich bin nicht so leicht aus der Ruhe zu bringen“, so geduldig wie er wirkt, und so überlegt wie er antwortet. „Wenn's stressig wird, sage ich, so Leute, wir machen jetzt einen Schritt nach dem anderen.“

Kollektivvertrag Finance

Wolfgang Heinzl sagt von sich selbst, „ich habe einen langen Atem“. Und den wird er in diesen Wochen ganz besonders brauchen. „Es wird zunehmend schwerer, den MitarbeiterInnen Ruhe zu vermitteln.“ Heinzl ist

Zentralbetriebsratsvorsitzender der Bank Austria und seit rund ein- und einhalb Jahren Vorsitzender der Wirtschaftsbereichsgemeinschaft (WBG) Finance in der GPA-djp. Er ist somit Chefverhandler für die rund 80.000 Angestellten der österreichischen Banken, Sparkassen, Raiffeisenbanken, Kreditkartengesellschaften, Volksbanken und Hypobanken. Seit Mitte Jänner leitet er die diesjährigen Verhandlungen über den Kollektivvertrag (KV) auf der Seite der ArbeitnehmerInnen.

Klarerweise ist Wolfgang Heinzl loyal zur Bank Austria, seiner Arbeitgebe-

rin, für die – seinerzeit als „Zentral-sparkasse“ – er seit ziemlich genau 40 Jahren tätig ist. Dass er deshalb manchmal in einen Interessenkonflikt gerät als gleichzeitig neutraler Verhandlungsleiter für alle Banken, glaubt er nicht. „Ich behaupte nicht, die Bank Austria sei eine Insel der Seligen.“

Branche unter Druck

Aber der Druck auf die MitarbeiterInnen in der gesamten Branche sei immens gewachsen in den vergangenen Jahren. Nach dem Ausbruch der Finanz- und Wirtschaftskrise ist es schon vorgekommen, dass KundInnen einzelne ArbeitnehmerInnen in den Filialen beschimpft und bedroht haben, schildert Heinzl die Lage derjenigen, für die er diese Tage die KV-Verhandlungen führt. „Beim Thema Fremdwährungskredite“, gesteht er, „da haben alle Banken Fehler gemacht.“ Und dass die Institute ihre Angestellten derart unter Druck setzen, indem sie pro Jahr bestimmte Volumensziele von – teilweise auch riskanten – Finanz-Produkten verkaufen müssen, soll sich auch ändern. „Aus der Erkenntnis, dass wir wieder das Vertrauen der KundInnen gewinnen müssen.“

Gehaltserhöhung gerechtfertigt

Das ist denn auch die Erklärung, mit der Heinzl den gewerkschaftlichen Standpunkt bekräftigt: „Ja, man muss in Zeiten wie diesen eine net-toreale Gehaltserhöhung fordern.“ Die operativen Geschäfte würden eine Erhöhung rechtfertigen, und der Personalaufwand gemessen an den Betriebserträgen sei laufend gesunken. Die Wertberichtigungen seien durch Entscheidungen des Managements in der Vergangenheit verursacht worden, dafür dürf-

ten aber die Beschäftigten nicht zur Kasse gebeten werden. „Wir verhandeln die Valorisierung der Gehalts-schemata“ – ganz im Gegensatz zum italienischen Mutter-Institut UniCredit: In Italien führt jede Bank ihre eigenen KV-Verhandlungen. Ein besonderes Anliegen in Österreich sind die niedrigen Gehälter, präzisiert Heinzl. „Wie junge Schulabgänger mit diesen Einstiegsgehältern eine Familie erhalten sollen, ist mir ein Rätsel.“



Die Lehrlingsentschädigung müsse ebenfalls angehoben werden. Eine weitere wichtige Forderung in den KV-Verhandlungen ist die Anrechnung aller Karenzzeiten für alle dienstzeitabhängigen Ansprüche. Und dafür lohnt es sich, nötigenfalls auch mit gewerkschaftlichen Aktionen, couragiert und entschlossen zu kämpfen, betont er.

Überzeugter Verhandler

Ungeachtet der Krisenstimmung im Finanz-Sektor hat man den Eindruck, Wolfgang Heinzl übt seine Funktion als ArbeitnehmerInnenvertreter mit Leidenschaft aus. „So lange es geht, ist der Verhandlungsweg der beste“, hat er sich zur Maxime gesetzt. Dabei ist die Fraktion der sozialdemokratischen GewerkschafterInnen (FSG), die er vertritt, in der Finance-Branche in der Minderheit. Erschwerend kommt hinzu, dass die MitarbeiterInnen der ganzen Branche nicht leicht zu mobilisieren seien, erzählt Rapid-Fan Heinzl. „Aber ich habe den sportlichen Ehrgeiz, Dinge umzusetzen.“

Warum er sich das alles antut? „Ich habe eigentlich immer Menschen gern gehabt. Ich bin nicht machtgeil, und es war nicht mein Lebensziel, Betriebsratsvorsitzender zu werden,

sondern das hat sich aus einer Eigendynamik ergeben.“ Eine höhere politische Funktion strebe er jedenfalls nicht an, beteuert er. „Ich werde heuer 59, und ich hab immer gesagt, lasst die jungen Leute ran.“ Er spüre schon manchmal, dass seine Regenerationszeiten länger werden, so Heinzl, „wir stehen ja schon seit Jahren unter Druck“.

Abwehr von Kündigungen

Das wird sich freilich nicht so schnell ändern. Zumal dem Zentralbetriebsratsvorsitzenden der Bank Austria noch eine größere innerbetriebliche Front bevorsteht: Die UniCredit will im Gefolge der internationalen Krise bis 2015 die Kosten um 1,5 Milliarden Euro senken. Dazu werden etwa auch die Ausbaupläne der Bank Austria in Ungarn und Rumänien auf Eis gelegt – und die Anzahl der MitarbeiterInnen soll reduziert werden. Betriebsbedingte Kündigungen sind ein Tabu für ihn und die möchte der Betriebsratsboss auch weiter abwehren, erklärt er im Gespräch. Dann zündet er sich eine Zigarette an und strahlt wieder die Ruhe in Person aus. „Man muss sich seiner eigenen Stärke bewusst sein, ohne das permanent zur Schau zu stellen.“ ■

Finance-Kollektivvertrag

Start der Verhandlungen:
17. Jänner

80.000 Beschäftigte bei
Banken und Sparkassen,
Hypo-Banken, Raiffeisen

Forderung der ArbeitnehmerInnen: plus 4,9 Prozent.
Anrechnung aller Karenzzeiten

Anhebung ab 1.4.2012



Jugend am Werk bietet Menschen mit Behinderungen eine strukturierte Tagesgestaltung und berufliche Eingliederung.

Mangelnde Anerkennung

Die Beschäftigten nach dem Kollektivvertrag der Berufsvereinigung von Arbeitgebern für Gesundheits- und Sozialberufe (BAGS-KV) wünschen sich vor allem eines: eine angemessene Entlohnung.

Von Alexia Weiss

Eine Frau mit Behinderung sitzt an einem großen Tisch und hat jede Menge leere Nespresso-Kapseln vor sich. Nach vielen Stunden Arbeit soll aus ihnen ein Vorhang entstehen. Im Vorraum des „Jugend am Werk“-Hauses in Wien-Ottakring ist bereits ein fertiges Exemplar zu bewundern. „Diese Stücke verkaufen wir dann am Weihnachts- oder Ostermarkt“, erzählt eine Betreuerin.

An diesem „Jugend am Werk“-Standort werden geistig und mehrfach behinderte Menschen während des Tages betreut. Manche von ihnen

benötigen eine Intensivbetreuung, bei anderen geht es vor allem um eine strukturierte Tagesgestaltung. 1.750 Menschen werden in solchen Einrichtungen von der „Jugend am Werk Begleitung von Menschen mit Behinderung GmbH“ betreut. 750 KlientInnen werden in Wohngemeinschaften oder durch begleitetes Wohnen unterstützt. Außerdem bietet die Organisation zahlreiche Maßnahmen zur beruflichen Eingliederung. Dabei werden im Jahr an die 300 Menschen beraten. In Wien und Niederösterreich sind hier mehr als 900 ArbeitnehmerInnen beschäftigt.

Bezahlung und Anerkennung

Österreichweit sind inzwischen rund 90.000 Menschen nach dem Kollektivvertrag der Berufsvereinigung von Arbeitgebern für Gesundheits- und Sozialberufe (BAGS-KV) angestellt. An die 80 Prozent von ihnen sind Frauen. Sie alle sind vor allem in der Betreuung von Menschen mit Behinderungen und in der Pflege tätig. „Unser Beruf wird allgemein gesellschaftlich sehr positiv gesehen“, betont Angelika Hlawaty, die stellvertretende Betriebsratsvorsitzende der „Jugend am Werk Begleitung von Menschen mit Behinde-

rung GmbH“. „Nur in der Bezahlung spiegelt sich diese Anerkennung nicht wider.“

In den aktuell laufenden Kollektivvertragsverhandlungen geht es daher vor allem darum, einen Reallohnzuwachs zu erreichen, sagt Martin Szerencsics, Betriebsratsvorsitzender. Grundlage ist die Inflationsrate von 3,2 Prozent – die Erhöhung muss deutlich über dieser ausfallen. Die Zeichen stehen jedoch auf Sturm: In einer Runde Mitte Jänner boten die Arbeitgeber lediglich eine Erhöhung von 2,95 bis 3,05 Prozent an. Nun wird es als erste Maßnahme Betriebsversammlungen geben.

Niedrige Gehälter

Um zu illustrieren, wie niedrig derzeit die Gehälter der nach BAGS-KV Beschäftigten ausfallen, rechnet Martin Szerencsics vor: Eine Heimhelferin bezieht derzeit in Wien zu Beginn ein Brutto-Jahresgehalt von 21.460 Euro, vor der Pension sind es 28.294 Euro (Verwendungsgruppe 4). Sozialpädagogen verdienen anfänglich 26.735 Euro im Jahr, am Ende ihrer Laufbahn 38.220 Euro (Verwendungsgruppe 7). Diese Gehälter gibt es bei Vollzeitbeschäftigung. Doch die meisten in diesem Bereich Beschäftigten sind nur Teilzeit angestellt. Teils aus eigenem Wunsch – etwa Mütter nach Rückkehr aus der Karenz –, teils, weil die nachzubetzenden Stellen dann nur noch in Teilzeit angeboten werden können. „Wenn ich in einer Wohngemeinschaft die Stellen einmal aufgeteilt habe, kann ich einen Teilzeitjob auch nur noch als solchen nachbesetzen“, so Angelika Hlawaty.

Flexibilität

Viele Betreuungs- und Pflegedienstleister erhöhen durch Teilzeitverträge aber auch ihre Flexibilität. Mehr MitarbeiterInnen, die im Fall des Falles Mehrstunden statt teu-

terer Überstunden leisten können, bringen für den Betrieb Vorteile. Eine Entwicklung, die von gewerkschaftlicher Seite mehr als skeptisch gesehen wird. „Von den MitarbeiterInnen wird immer mehr Flexibilität gefordert, diese können ihre Wünsche aber nur schwer durchsetzen“, ärgert sich Hlawaty über diesen Trend. Wobei sie betont, dass „Jugend am Werk“ hier zu den fairen Arbeitgebern zähle. Über eine Betriebsvereinbarung wird hier beispielsweise auch die Elternkarenz voll auf die Vordienstzeit angerechnet.

Agenda der KV-Verhandlungen

Laut KV werden derzeit allerdings maximal zehn Jahre an Vordienstzeiten berücksichtigt. Wer also beispielsweise in Niederösterreich bereits 20 Jahre berufstätig war, bekommt beim Eintritt in eine Wiener Einrichtung nur zehn Jahre angerechnet. Auch dies ist ein Knackpunkt der KV-Verhandlungen – die Anrechnung der Vordienstzeiten und die volle Anrechnung von Karenzzeiten als Vordienstzeiten.

Auf der Agenda steht zudem die Verankerung des amtlichen Kilometergeldes im KV. Jene, die in der mobilen Krankenpflege tätig sind, sitzen vor allem im ländlichen Bereich viele Stunden pro Woche im Auto. Das derzeit geltende Kilometergeld von 14 Cent pro Kilometer decke da nicht einmal den Benzinverbrauch ab, kritisiert Szerencsics. Die Forderung: eine Anhebung auf 42 Cent. Das entspricht dem derzeitigen amtlichen Kilometergeld.

Den „Jugend am Werk“-BetriebsrätInnen ist die schwierige finanzielle Situation durchaus bewusst. Betreuung und Pflege wird ausschließlich von der öffentlichen Hand finanziert. Werden die Mittel knapp, wird versucht auch hier zu sparen. In einem Sektor, dessen Budgets zu drei Vier-

tel in die Personalkosten fließen, zu sparen heißt: weniger Leute zu beschäftigen. Das allerdings erhöht den Druck auf die Beschäftigten – und führt zu Burn-out, schon jetzt kein unbekanntes Phänomen.

Fordernde Berufe

Dabei sind die meist sehr motivierten und ihren KlientInnen und PatientInnen verbundenen Beschäftigten im Gesundheits- und Sozialbereich ohnehin schon aufgrund des Wandels in der Branche gefordert. Bei „Jugend am Werk“ beispielsweise wird der Selbstbestimmung der Menschen mit Behinderung immer breiterer Raum gegeben. „Hier müssen die Betreuer die Wünsche aller unter einen Hut bringen.“ Wie solche Wünsche aussehen können? „Ein großes Thema ist momentan ein Bauernhof“, erzählt Martin Szerencsics. „Die Klienten würden sehr gerne auf einem Bauernhof arbeiten.“ In Wien nicht einfach zu bewerkstelligen. Flexibler ist man bei der Gestaltung des Beschäftigungsprogramms. Hier fließen die Wünsche aller Gruppenmitglieder ein. „Aber auch das ist eine Herausforderung.“



Angelika Hlawaty und Martin Szerencsics, BetriebsrätInnen bei Jugend am Werk, kämpfen um bessere finanzielle Anerkennung.



© Nurih Wagner-Strauss



© Mickael L'Achiver, oiaia.com

Vorsorge zahlt sich aus

Vorsicht ist besser als Nachsicht. Das gilt ganz besonders für die Gesundheitsvorsorge. Dennoch schöpft die Prävention in Österreich ihre Möglichkeiten nicht aus.

Von Andrea Rogy

Vom Gesundheitsministerium werden jährlich bescheidene 7,25 Mio. Euro in die Umsetzung von gesundheitsfördernden Aktivitäten investiert. Das Geld fließt in die Unterstützung von ExpertInnen-Netzwerken und lebensweltorientierten Projekten, wie zum Beispiel das „gesundheitsfördernde Krankenhaus“, Zahngesundheitserziehung im Kindergarten, Ernährungsberatung oder die „bewegte Schule“.

„Natürlich liegt die Verantwortung für die eigene Gesundheit auch beim Einzelnen selbst. Wir wissen aber aus zahlreichen Projekten,

dass die Bedingungen, in denen Menschen spielen, lernen, arbeiten und lieben, ein wesentliches Risiko oder aber auch eine wichtige Ressource für ihre Gesundheit darstellen können“, erklärt Expertin Barbara Strunz, die mehr als sechs Jahre lang im Rahmen des Fonds Soziales Wien die Gesundheitsförderungsaktivitäten des Landes Wien steuerte.

Ressourcen der Menschen nutzen

Die Gesundheitsförderung will Rahmenbedingungen schaffen, in denen ein gesundes Leben erleich-

tert wird. Die Projekte setzen dabei nicht allein beim Menschen an, sondern helfen mit, konkrete Lebenswelten und die Umwelt generell gesundheitsförderlich zu gestalten. Das passiert zum Beispiel durch mehr Turnstunden in der Schule, aber auch durch einen genauen Blick auf vorhandene, persönliche Ressourcen der Menschen – diese können durch günstige Rahmenbedingungen aktiviert werden. „In den Projekten wird oft sichtbar, was gesundheitsförderliches Verhalten unterstützen kann, und das wird dann in der betroffenen Lebenswelt ausgebaut“, erklärt Strunz.

Auch die Sozialversicherung hat einen gesetzlichen Auftrag zur Gesundheitsförderung, der allerdings seitens des Gesetzgebers nicht ausreichend konkret formuliert wurde. Die Verhütung von Arbeitsunfällen und Berufskrankheiten ist als Aufgabe der Unfallversicherung ebenso explizit verankert wie Unterstützungen in den Bereichen Kur und Rehabilitation. Der Aufgabenbereich der Krankenversicherung wird vom Gesetzgeber jedoch paradoxerweise primär darauf reduziert, Leistungen für den bereits eingetretenen Krankheitsfall zu erbringen.

Der gesetzliche Auftrag zur Gesundheitsvorsorge ist sehr dünn. Lediglich die Pflicht zum Angebot regelmäßiger Vorsorgeuntersuchungen ist verankert. Diese wurde im Jahr 2009 auch von beinahe einer Million Menschen in Anspruch genommen, mehr als 80 Millionen Euro wurden seitens der Krankenversicherung dafür aufgewendet. Weitere Maßnahmen zur Früherkennung und Verhütung von Krankheiten sind im Allgemeinen Sozialversicherungsgesetz als freiwillige Leistungen tituliert. Dennoch haben die Krankenversicherungsträger dafür im Jahr 2009 insgesamt rund 123 Mio. Euro ausgegeben. Angesichts eines Gesamtbudgets von mehr als 14 Mrd. Euro ist das ein Tropfen auf dem heißen Stein.

Prävention lohnt sich

Im politischen Tagesgeschäft scheinen neue gesundheitsfördernde Aktivitäten schwer durchsetzbar: denn die Krankenversicherung trägt zwar die Kosten für die laufenden Projekte, einen unmittelbaren Vorteil in Form gesünder Menschen und damit einer Kostenersparnis durch sinkende Behand-

lungskosten haben die Versicherungsträger aber erst in einigen Jahren zu erwarten.

Dennoch ist man sich in der Krankenversicherung der Bedeutung von Prävention bewusst und etabliert seit vielen Jahren verschiedene Gesundheitsförderungsprojekte, beispielsweise Raucherentwöhnungsprogramme oder Brustkrebs-Screenings, meist in Zusammenarbeit mit den Gesundheitsämtern auf Landesebene. „Für uns sind gesundheitsfördernde Projekte vor allem deswegen wichtig, weil sie

„Gesundheitsfördernde Projekte können ein langfristiges Umdenken in der Lebensweise der Menschen bewirken.“

ein langfristiges Umdenken in der Lebensweise der Menschen und damit eine nachhaltige Verbesserung ihres Gesundheitszustandes bewirken können“, erklärt die Obfrau der Wiener Gebietskrankenkasse, Ingrid Reischl, warum die WGKK die Gesundheitsförderung als Investition in die Zukunft sieht. Die betriebliche Gesundheitsvorsorge ist ihr ein besonderes Anliegen, denn „wir wollen gemeinsam mit den Betrieben Krankheiten am Arbeitsplatz vorbeugen und die Gesundheit der ArbeitnehmerInnen stärken“.

WGKK setzt auf Gesundheitsförderung

In der betrieblichen Gesundheitsförderung kommen die Ansatzpunkte für gesundheitsfördernde Maßnahmen direkt von den MitarbeiterInnen und werden in Abstimmung mit der Unternehmensleitung umgesetzt. Dabei werden Arbeitsbelastungen jeglicher Art unter die Lupe genommen, und es

wird versucht, diese in Zusammenarbeit mit den Beschäftigten zu reduzieren. Derzeit werden seitens der Wiener Gebietskrankenkasse rund 60 Betriebe in Wien dahingehend beraten und betreut.

Derartige Projekte lohnen sich sowohl für die Beschäftigten als auch für die Betriebe, ist auch Expertin Barbara Strunz überzeugt: „Eine höhere Arbeitszufriedenheit verbessert das Betriebsklima auf vielen Ebenen. Gesunde und motivierte MitarbeiterInnen leben im Gesamten gesünder und erhöhen so auch die Produktivität und Qualität im Unternehmen. Die Identifikation der MitarbeiterInnen mit dem Unternehmen steigt und die subjektive Arbeitsbelastung nimmt ab“, umschreibt Strunz den Gewinn für alle Beteiligten. Dennoch sieht

sie den betrieblichen Bereich der Gesundheitsförderung zu wenig gesetzlich verankert: „Gesundheitsförderung und Prävention sollten auch im ArbeitnehmerInnenschutz gesetzlich mitbedacht werden.“ ■

Mehr Mitbestimmung

Das GPA-djp fordert eine Stärkung der Mitbestimmungsrechte der Betriebsräten durch erzwingbare Betriebsvereinbarungen zur betrieblichen Gesundheitsförderung. Allgemein gesetzlich geregelte Fürsorgepflichten des Arbeitgebers sollen dadurch konkretisiert werden. Das Ziel ist eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen, wie beispielsweise eine gesundheitsförderliche Arbeitszeitgestaltung.



Mahnwache in Wien-Ottakring:
BetriebsrätInnen und UnterstützerInnen
fordern einen fairen Gehaltsabschluss.

© Willi Denk



Caritas-Kollektivvertrag: Keine Einigung

Trotz einer öffentlichen Betriebsversammlung und einer Mahnwache für einen fairen Gehaltsabschluss stocken die KV-Verhandlungen für 2012.

Von Barbara Lavaud

Die Verhandlungen für den Kollektivvertrag der Caritas-ArbeitnehmerInnen wurden Mitte Jänner ohne Ergebnis unterbrochen. „Die Vorstellungen über die Gehaltserhöhungen für die rund 12.000 Beschäftigten liegen noch zu weit auseinander. Die geleistete, verantwortungsvolle soziale Arbeit ist den Arbeitgebern nicht einmal den Teuerungsausgleich für 2011 wert“, fasst Stefan Kraker, Verhandlungsleiter, die dritte Verhandlungsrunde zusammen. Das Angebot der Arbeitgeber hätte zwar eine reelle Gehaltserhöhung ab Juli beinhaltet, „auf das ganze Jahr gerechnet hätten die Angestellten jedoch einen Einkommensverlust in Kauf nehmen müssen, das ist den Beschäftigten der Caritas schlichtweg nicht zumutbar“, betont Kraker.

Mahnwache vor der Caritas-Zentrale

Begleitend zu den laufenden KV-Verhandlungen fand vor dem Verhandlungsort, der Caritas der Erzdiözese Wien in Wien-Ottakring eine öffentliche BetriebsrätInnenkonferenz statt. Die GPA-djp rief zur Unterstützung der Beschäftigten gemeinsam mit der Gewerkschaft vida zu einer öffentlichen Mahnwache auf. Mehr als 100 BetriebsrätInnen und UnterstützerInnen aus dem Sozial- und Gesundheitsbereich solidarisierten sich mit der Forderung nach einem fairen Gehaltsabschluss für die Caritas-Angestellten.

Die Caritas bezahlt ihre Beschäftigten zum Großteil aus öffentli-

chen Mitteln. Hier macht sich nun die Sparpolitik bereits deutlich bemerkbar: „Vor allem die Angestellten der Gesundheits- und Sozialbereiche, die sich um behinderte, alte, kranke Menschen oder um Flüchtlinge kümmern und damit sehr hohen Ansprüchen gerecht werden müssen, verdienen auch 2012 einen fairen Gehaltsabschluss“, sagt die Regionalgeschäftsführerin der GPA-djp Wien, Barbara Teiber. „Die Notwendigkeit, das Budget zu sanieren, stellen wir nicht infrage – aber bitte nicht auf Kosten der Beschäftigten im Sozialbereich.“

Bei der Caritas beschäftigt sind 12.000 Menschen, 82 Prozent davon sind Frauen, viele davon arbeiten Teilzeit. Die nächste, bereits vierte Verhandlungsrunde, ist für 22. Februar vereinbart.

Grenzen der Zumutbarkeit

Wie überall bei den Gesundheits- und Pflegeberufen leiden auch bei der Caritas die Beschäftigten unter immens hohem Zeit- und Arbeitsdruck, was gerade bei sozialer Arbeit nicht nur die Beschäftigten selbst belastet, sondern auch die zwischenmenschlichen Kontakte zu den KlientInnen. „Das Klima im Sozialbereich wird kälter“, beschreibt Stefan Kraker die Situation. „Die Betreuung alter oder pflegebedürftiger Menschen erfordert Zeit und auch Zuwendung. Wir sollten nicht vergessen: Betreuung und Pflege kann morgen schon jeden von uns treffen!“



Gehaltsangabe in Stellenanzeigen: Sanktionen wirken

Überwiegend korrekte Angaben zum Gehalt.

Sanktionen wirken – in über 80 Prozent der Stellenausschreibungen in Tageszeitungen wird nun das zu erwartende Mindestgehalt angegeben. Die Pflicht zur Angabe des Mindestgehalts in Ausschreibungen wurde mit der Novelle des Gleichbehandlungsgesetzes im März des Vorjahres eingeführt. Ernst genommen wurde die Verpflichtung damals allerdings noch nicht. Im vergangenen Herbst hielten sich nur rund fünf Prozent an das Gesetz. Seit dem neuen Jahr drohen jedoch Sanktionen. Die Folge: Nun finden sich in über 80 Prozent der untersuchten Inserate korrekte Angaben.

Für GPA-djp-Frauensekretärin Barbara Marx ein wichtiger Erfolg. „Freiwilligkeit reicht eben oft nicht aus. Gerade bei der Gleichstellung bleibt es dann meist bei Lippenbekenntnissen“, erklärt Marx.

Dass in Stellenanzeigen ein Mindestgehalt angegeben werden muss, war den Gewerkschafterinnen bei der Novellierung des Gesetzes ein großes Anliegen. Es ist erwiesen, dass Frauen bei der Einstellung für eine gleichwertige Tätigkeit oft ein deutlich niedrigeres Gehalt geboten wird als Männern. Dem schiebt das neue Gesetz einen Riegel vor.

Arbeitszeitkalender 2012

Schon wieder Überstunden? Oft wird besonderer Einsatz verlangt. Natürlich ist der Arbeitgeber verpflichtet, Arbeitszeitaufzeichnungen zu führen und anhand dieser die Lohnabrechnung zu erstellen. Aber oft stellt es sich nachher heraus, dass sehr viele Mehr- und Überstunden nicht korrekt oder überhaupt nicht ausbezahlt wurden.

Es ist daher unbedingt notwendig, dass Sie die geleisteten (Über-) Stunden regelmäßig aufschreiben und so Ihre Arbeitszeit beweisen können. Das gilt ganz besonders auch für Teilzeitbeschäftigte und LeiharbeiterInnen.

Den Arbeitszeitkalender gibt es gratis bei der AK auf www.arbeiterkammer.at zum Download oder zum Bestellen!

Paragrafen-Dschungel 2012

Alle wichtigen Informationen für atypisch Beschäftigte in einer Broschüre übersichtlich erklärt und zusammengefasst: Der „Leitfaden durch den Paragraphendschungel 2012“ beantwortet die wichtigsten Fragen zu Sozialversicherung, Steuer und Recht – ein Dschungel,

den man nicht ohne erfahrenen Guide betreten sollte! Die Broschüre bietet eine gute Orientierung in diesem Dickicht. Natürlich mit allen aktuellen Zahlen zu Versicherungsgrenzen, Geringfügigkeit, Steuer usw.

Der Paragraphendschungel ist eine Broschüre der Interessengemeinschaft **work@flex** in der GPA-djp, wo sich ArbeitnehmerInnen in atypischen Beschäftigungsverhältnissen austauschen und organisieren können.

Atypische Beschäftigung umfasst viele Varianten, die vom sogenannten Normalarbeitsverhältnis abweichen. Betroffen sein können Teilzeitbeschäftigte, geringfügig Beschäftigte, TelearbeiterInnen, Zeitarbeitskräfte, Nacht- und SchichtarbeiterInnen. Die **work@flex** ist für die freien DienstnehmerInnen und WerkvertragsnehmerInnen da.





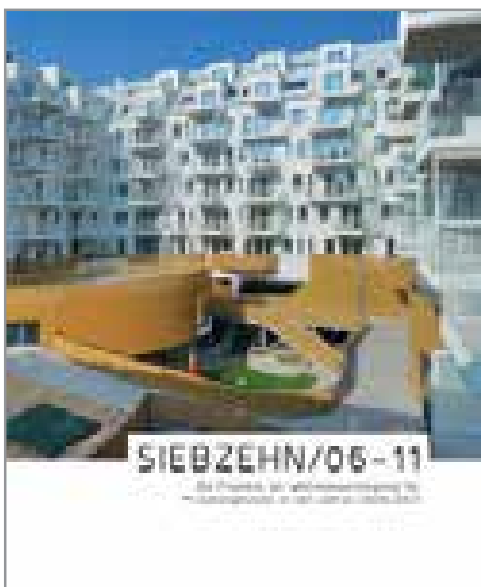
© Foto: WBVGPA / Marianne Greber

Die Menschen stehen im Mittelpunkt der neuen Publikation der WBVGPA.

Siebzehn/06-11

Diese Zahlenkombination ist kein Geheimcode, es ist der Titel einer Publikation der Wohnbauvereinigung für Privatangestellte (WBVG-GPA), die die Projekte des Unternehmens aus den Jahren 2006–2011 behandelt.

Von Michael Gehbauer



Auch dieses Jahr hat die WBVGPA wieder ein Buchprojekt realisiert. Ziel war dieses Mal, die Projekte der vergangenen Jahre Revue passieren zu lassen, und sozusagen als Leistungsschau zu dokumentieren.

Es ist immer vornehmer, andere für sich sprechen zu lassen und so freut es besonders, wenn Wohnbaustadtrat Dr. Michael Ludwig in seinem Vorwort von einer „beeindruckenden Dokumentation der geförderten Wohnbautätigkeit der WBVG-GPA“ spricht und die WBVG-GPA als „wichtigen Partner der Stadt im geförderten Wohnbau“ würdigt.

Interessante Perspektiven

Der Aufbau des Buches ist hochinteressant, weil er jedes Projekt aus drei Perspektiven beleuchtet. Entsprechend der Unternehmensphilosophie der WBVG-GPA „Menschen. Maßstäbe. Meilensteine.“, kommen zuerst die Architekten zu Wort. In einem zweiten Teil beurteilen zwei der renommiertesten ArchitekturjournalistInnen des Landes, Franziska Leeb und Wojciech Czaja, die Projekte aus ihrer Expertensicht, und in einem dritten Teil kommen Menschen zu Wort, die für die Projekte eine maßgebliche Rolle gespielt haben.

Tolle Architekten planen für die WBV-GPA

Es liest sich wie das „Who is Who“ der österreichischen Architekturszene, wenn man die Namen der Planer jener siebzehn Projekte hört, die für die WBV-GPA tätig waren: atelier 4 architects, ARTEC Architekten, Architekturbüro Brada-Klerings, BEHF Architects, ceska priesner partner architekten, Köb & Pollak Architektur, Langer Liszt Architekten, Architekt Ernst Linsberger, Mladen Jadric Architects, Neumann und Partner Architekten, Architekt Gerhard Moßburger, Architekt Friedrich Pluharz, querkraft architekten, Treberspurg und Partner, Atelier Albert Wimmer. Auch an dieser Stelle sei jeder/m Einzelnen herzlich für die Zusammenarbeit gedankt.

Große Vielfalt an Projekten

Auffällig ist die Vielfalt der Projekte, die von Anna Blau, um nur eine von den vielen hervorragenden ArchitekturfotografInnen zu nennen, die für die tollen Fotos verantwortlich zeichnen, in Szene gesetzt wurden. Es werden Wohnbauprojekte in allen Größen präsentiert. Sie reichen von der Überbauung einer U-Bahnstation in der Novaragasse mit neun Wohnungen bis zum Wohnturm K 6 in der Kundratstraße mit 267 Wohnungen. Es werden auch Projekte abseits des Wohnungsneubaus, ein preisgekröntes Sanierungsprojekt – der Kauerhof, eine Schule, ein Obdachlosenheim sowie ein Studentenheim beschrieben.

Auffällig sind zwei Sonderwohnformen in der Donaustadt, eine Kleingartenwohnanlage und ein Frauengemeinschaftswohnprojekt, die gegensätzlicher nicht sein könnten. Gebaut wurde nicht nur in Wien, sondern auch in Niederösterreich, und da vor allem drei Projekte in Purkersdorf. Selbstverständlich wurde auch dem ökologischen

Bauen mit dem ersten Passivhaus auf Stelzen in Favoriten Rechnung getragen.

Menschen im Mittelpunkt

Wie in allen Publikationen der WBV-GPA befinden sich auch diesmal wieder Menschen im Mittelpunkt der Darstellung und der Betrachtung. Sie wurden einmal mehr von Marianne Greber beeindruckend porträtiert. Es handelt sich dabei um Mieterinnen und Mieter in allen Lebenslagen, um die Vorständinnen des Vereins „Frauenwohnprojekt Rosa Donaustadt“, um MietervertreterInnen, um einen Polier, um einen Stadtamtsdirektor, um einen Pfarrer, um eine Künstlerin, um einen Haustechniker, um einen Kommandanten einer Polizeiinspektion, um einen Lehrer, einen Rauchfangkehrer u. v. a. m.

Es sind spannende Geschichten, die die Menschen, die in den Häusern der WBV-GPA leben, arbeiten oder an der Errichtung mitgewirkt haben, zu erzählen haben.

Herzlichen Dank an das Team der WBV-GPA. Herzlicher Dank ergeht auch an das Organisations- und Redaktionsteam um Stefan Loicht und Christian Swoboda, die für das Buchprojekt verantwortlich waren.

Buchbestellungen via E-Mail

Wenn wir Ihr Interesse an der Publikation nun geweckt haben sollten, so können Sie die beschriebene Publikation „Siebzehn/06–11“ der WBV-GPA jederzeit bestellen:

E-Mail: office@wbv-gpa
Postanschrift: Wohnbauvereinigung für Privatangestellte,
Werdertorgasse 9, 1010 Wien
Telefon: (01)533 34 14-36

Die Übermittlung erfolgt per Post.

FREIE WOHNUNGEN

Bestehende Objekte:

- 8761 Pöls, Andreas-Rein-Gasse 10–18, Burgogasse 12–16, 2–5-Zimmer-Wohnungen
- 8605 Kapfenberg, 1-Zimmer-Wohnungen ca. 33 m²

Neubauprojekt:

- 1100 Wien, Pernerstorfergasse 83, Passivhaus, DG-Wohnungen verfügbar

Geschäftslokale/Büro:

- 1100 Wien, Kundratstr. 6, Büroflächen 200 m² und 460 m²
- 1220 Wien, Süßenbrunnerstraße 60, Geschäft ca. 167 m²
- 8605 Kapfenberg, Wienerstraße 56–58, Geschäft ca. 130 m²

Wohnungsberatung

Wohnbauvereinigung für Privatangestellte
WBV-GPA-Wohnungsservice – Gassenlokal

1010 Wien
Werdertorgasse 9
Tel.: (01) 533 34 14

Internet: www.wbv-gpa.at
E-Mail: wohnungsservice@wbv-gpa.at



© Jaroslaw Gruzinski, Fotolia.com

Urlaubsangebote

Ein paar Tage genießen und entspannen, Wandern und Radfahren an der Donau oder Ferien in komplett ausgestatteten Mobilheimen, mit der GPA-djp CARD zu Vorteilspreisen.

© LOISIUM



LOISIUM Wine & Spa Resort Langenlois

In Langenlois/Kamptal erwarten Sie Entspannung und Genuss pur inmitten der Weinberge.

Lassen Sie sich im Restaurant Vineyard mit ausgefallenen Gourmet-Kreationen aus der Region verwöhnen oder erleben Sie Sinnlichkeit pur im LOISIUM Wine Spa mit Sauna, Dampfbad, Infrarotkabine und beheiztem Outdoorpool.

Bei Vorlage der GPA-djp-CARD: –10 % auf den Zimmerpreis.

LOISIUM Wine & Spa Resort****Superior
Loisium Allee 2
3550 Langenlois
Tel. 02734/77 10 02 00
hotel-langenlois@loisium.at
www.loisium.com

© Hotel Oasis Loipersdorf



Hotel Oasis Loipersdorf****

Die ruhige OASE an der Therme und dem Golfplatz.

Package Zeit zu zweit:
2 Nächte, 1 Thermenkarte,
1 Candle-Light-Dinner, Sekt,
Schokofondue, 1 Teilmassage,
für GPA-djp-Mitglieder
ab EUR 149,- p. P. im DZ

Hoteleigene Kräutersauna,
Wellness-, Fitness- und Aufenthaltsraum, Home-Cinema,
NESPRESSO Kaffeejausa, gratis
Surfstation, W-LAN.

Sensationelle Green-Fee-Ermäßigungen und spezielle Massagen im Haus.

Hotel Oasis Loipersdorf****
Oberhenndorf 27,
8380 Jennersdorf
www.hotel-oasis.at
info@hotel-oasis.at

© Feiken



Privatzimmer Feiken

Im oberen Donautal, nahe der bekannten Donauschlinge, liegt die Pension direkt an der Donau. Ruhige Lage und ein grandioser Donaublick werden Sie begeistern.

Preis: EUR 25,- pro Person/Tag, inkl. Frühstücksbuffet. Kinderermäßigung, kein Einzelzimmerzuschlag.

Radfahren am Donauradweg oder Wanderungen am Donausteig mit Schifffahrt zum Kombinieren.

–20 % für GPA-djp-Mitglieder

Privatzimmer Feiken
4085 Wesenufer Nr. 65
Tel. 07718/75 06
Mobil: 0664/326 74 70
feiken@pension-donaublick.at
www.oberoesterreich.at/feiken

© Homair



Homair Feriendörfer & Mobilheim-Vermietung

Urlaub in komplett ausgestatteten Mobilheimen und Bungalows mit dem europäischen Marktführer. Wählen Sie aus 110 Anlagen in Frankreich, Italien, Kroatien, Spanien, Portugal und Österreich. Mit Schwimmbecken, Sportanlagen, Restaurants, ... und breitem Freizeit- und Serviceangebot (Kinderclubs, Ausflüge).

Für GPA-djp-Mitglieder:

- 15 % Rabatt auf alle Unterkünfte bis zum 7.7.2012 und ab dem 25.8.2012 (ab 1 Woche)
- keine Buchungsgebühren im ganzen Jahr (EUR 10–25,-)

Reservierung:

Partnercode GPA10 direkt bei Buchung auf www.homair.de oder per Telefon unter (0033) 442/204 725 angeben.

© Seehotel Grundlsee



Seehotel Grundlsee****

Kuscheln im SPAvillion direkt am Grundlsee in der Seesauna, Biosauna und Infrarotkabine.

Schnuppertage am See

- 2 Nächte im Doppelzimmer
- 2 x reichhaltiges Langschläferfrühstück bis 11.30 Uhr
- 1 x Gourmetmenü in 5 Gängen bei Kerzenschein
- 1 Willkommensdrink

Für GPA-djp-Mitglieder:

EUR 199,- pro Person/Aufenthalt, Verlängerungsnacht mit Frühstück: EUR 69,- pro Person

Gültig bis 23. Dezember 2012 (ausgenommen Juli/August)

Seehotel Grundlsee
Mosern 22, 8993 Grundlsee
Tel.: 03622/860 44
office@seehotelgrundlsee.at
www.seehotelgrundlsee.at

© iStock.com



Getaway – Online-Portal

Top-Kurzaufenthalte zu attraktiven Preisen an tollen Destinationen.

Genießen Sie einige Tage in einem der Sporthotels beim Schifahren durch die tief verschneite Landschaft in Österreich, oder buchen Sie Ihren Frühlings- oder Sommerurlaub in einem der ca. 40 Top-Hotels an der italienischen-, slowenischen- und kroatischen Adria.

Egal, ob allein, zu zweit, als Familie oder als Gruppe: bei Getaway finden Sie ganz bestimmt ein Angebot nach Ihrem Geschmack!

Unter www.getaway.cc loggen Sie sich als GPA-djp-Mitglied mit folgenden Zugangsdaten ein:
Benutzerkennung: GPA-djp
Passwort: G1112

Nähere Infos

zu diesen und vielen anderen CARD-Vorteilsangeboten finden Sie unter: www.gpa-djp.at/card. Hier können Sie auch den CARD-Newsletter abonnieren und erhalten monatlich per E-Mail aktuelle CARD-Infos.

Steht Ihnen kein Internetzugang zur Verfügung, senden wir Ihnen gerne die CARD-Broschüre zu. Bestellungen: Tel.-Nr. 05 03 01-301, E-Mail: service@gpa-djp.at



© LandK, Fotolia.com



Gewinnspiele und Ermäßigungen

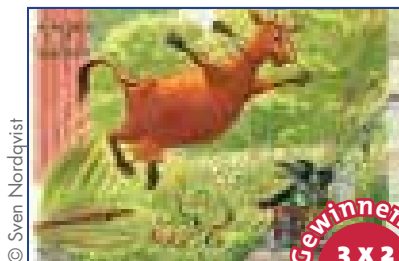


Alle markierten Produkte können Sie gewinnen!

Senden Sie dazu eine Postkarte an die Redaktion KOMPETENZ, 1034 Wien, Alfred-Dallinger-Platz 1

Kennwort: Name der jeweiligen Veranstaltung bzw. online: www.gpa-djp.at/gewinnspiel

Einsendeschluss: 20.2.2012. Keine Barablösung. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.



© Sven Nordqvist

Gewinnen Sie
3 x 2
Karten
für 3.3.12

Ab 4. Februar 2012

Mama Muh und die Krähe

Kabarett Niedermair

Die humorvolle Bühnenfassung nach den Geschichten von Jukka Wieslander von Mama Muh, der ziemlich ungewöhnlichen Kuh, für Kinder ab 4, jeden Samstag und Sonntag um 16.30 Uhr.

Infos: www.niedermair.at
Mit der CARD auch am Spieltag Vorverkaufsermäßigung!



© Lucia Baldini

Gewinnen Sie
2 x 2
Karten
für 24.3.12

25. Feb.–25. März 2012

Internationales Akkordeonfestival

Versch. Spielstätten

Genießen Sie das Instrument Akkordeon und dessen zahlreiche künstlerischen Facetten, heuer mit dem Schwerpunkt „Bella Italia“!

Infos: www.akkordeonfestival.at
Karten: 10 % CARD-Ermäßigung
Tel. 0676/512 91 04



© Komödie am Kai

Gewinnen Sie
3 x 2
Karten
für 10.3.12

10. März–12. Mai 2012

Keine Leiche ohne Lily

Komödie am Kai

Ulli Fessl und Peter Kuderna starten in dieser Krimi-Komödie einen Frontalangriff auf Ihre Lachmuskeln.

Infos: www.komoedieamkai.at
Karten: Tel. 01/533 24 34

Mit der CARD:
20 % Ermäßigung, Kat. 1–3



© Haring KG

Gewinnen Sie
3 x 2
Karten
für 11.3.12

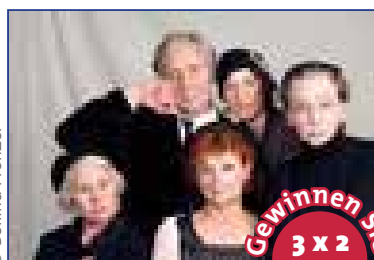
11. März 2012

VERDI Requiem

Musikverein – Goldener Saal

Anlässlich des 1. Jahrestages wird dieses Konzert mit dem Legend of Verdi Chor aus Tokio und dem KünstlerOrchesterWien den Opfern von Fukushima gewidmet.

50 % Ermäßigung mit dem Kennwort „Corporate Rates“
world.choral.festivals@chello.at



© Bettina Frenzel

Gewinnen Sie
3 x 2
Karten
für 21.3.12

8.–24. März 2012

Sehr geehrter Zuschauerraum

KosmosTheater

Vier Frauen und ein Mann feiern zwei Jubiläen im Jenseits: Liesl Karlstadt ihren 120. und ihr kongenialer Partner Karl Valentin seinen 130. Geburtstag. In Couplets und Sketches lassen sie die Kabarett- und Wirtshausbühnen in München an der Isar wieder auferstehen.

Infos: www.kosmostheater.at



© DE Event

Gewinnen Sie
3 x 2
Karten
für 18.5.12

18. Mai 2012

The United Kingdom UKULELE Orchestra

Wiener Konzerthaus

Die Musiker aus London, Edinburgh oder Glasgow begeistern das Publikum und bringen gute Stimmung in die Konzertsäle und die Gewissheit: Ukulele ist Kult!

Karten: 01/743 52 50

EUR 5,- CARD-Ermäßigung

Elisabeth Reichart: Die Voest-Kinder

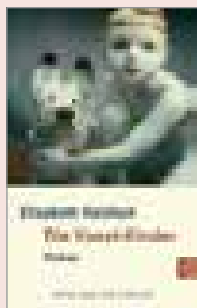
Otto Müller Verlag, 2011,
301 Seiten, 22 Euro

Aus Kindersicht erzählt Elisabeth Reichart über Arbeit, Armut, Globalisierung und Zeitgeschichte. Der Vater arbeitet und verdient Geld in einer großen Firma. Die Mutter arbeitet im Haushalt und mit den Kindern, verdient also nichts und ist frustriert. Diese Ausgangssituation kommt einem bekannt vor. Dabei ist der jüngste Roman von Elisabeth Reichart im Österreich der 1950er-, 1960er-Jahre angesiedelt.

Die Familien überleben den Alltag nur mit Entbehrungen. Die Folgen des Krieges sind allgegenwärtig: im Arbeitsleben, im psychischen Befinden der traumatisierten Menschen und in deren Ideologie. Die Hauptperson spielt ein Mädchen im Volksschulalter,

das so wie alle anderen Personen der Geschichte namenlos bleibt – doch (kritisch) denkt wie eine Erwachsene.

Das „Voest-Kind“ aus Oberösterreich erzählt, wie sich der Vater bei den Vereinigten Österreichischen Eisen- und Stahlwerken (VOEST) abrackert und das Geld trotzdem zu wenig ist; wie er im Keller Chinchillas züchtet, um das Fell



zu verkaufen; wie die Mutter dem Mädchen Kleider näht, sich die Kleine freut, aber Mamis Laune sehr schnell ins Negative umschlägt. Ist das Kind „frech“, gibt es Ohrfeigen oder Hausarrest. Zum Glück sind da noch ihre Träume und eine liebe Oma, die jede Frage

beantwortet und dem Mädchen emotionalen Halt gibt.

Die Geschichte der „Voest-Kinder“ ist nicht schön, aber – dank der rasanten Schreibweise – fesselnd. Obwohl man neue Szenen schwarzer Pädagogik und gehässige Aussagen Ewiggestriger und Rassisten ahnen kann. „Unter Hitler hätte es das nicht gegeben“ – Sätze wie dieser sind immer wieder aufzuschnappen, nicht nur in diesem Buch. Ein weiteres wichtiges Thema ist die Globalisierung der Arbeitswelt: Sie nimmt keine Rücksicht auf Familien und zerreißt diese oft. Selbst als Elisabeth Reichart den Vater als Arbeitsmigrant nach Schwarzafrika schickt, hält sie eine Überraschung für die Leser bereit. Ihr Zynismus tut manchmal sogar weh.

Heike Hausensteiner

Das vorgestellte Buch ist über den Verlag des Österreichischen Gewerkschaftsbundes GmbH, 1010 Wien, Rathausstraße 21, Tel.: 01/405 49 98-132, Fax: 01/405 49 98-136, oder per E-Mail: fachbuchhandlung@oegbverlag.at erhältlich.

Offenlegung gemäß Mediengesetz, § 25:

Verlag des Österreichischen Gewerkschaftsbundes GmbH, 1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1.

Unternehmensgegenstand: Herstellung und Verbreitung literarischer Werke aller Art, Datenverarbeitung für Dritte, Handelsgewerbe und Handelsagenden, Werbung und Marktkommunikation.

Geschäftsführung: Mag. Gerhard Bröthaler, DI Gerald Wödl

Einziger Gesellschafter: Österreichischer Gewerkschaftsbund, Österreichische Gewerkschaftliche Solidarität Privatstiftung

Sitz: Wien

Betriebsgegenstand: Herstellung und Verbreitung sowie der Verlag literarischer Werke aller Art, insbesondere von Büchern, Zeitungen und Zeitschriften, Kunstblättern, Lehrmitteln und Buchkalendern; die Erbringung von Dienstleistungen in der Informationstechnik, der Handel mit dem Betriebsgegenstand dienenden Waren sowie das Ausüben der Tätigkeiten einer Werbeagentur.

Die Blattlinie entspricht jenen Grundsätzen, die in den Statuten und der Geschäftsordnung des Österreichischen Gewerkschaftsbundes (Fassung gemäß Beschluss durch den 17. Bundeskongress des ÖGB) festgehalten sind.

© Christa Eder, Fotolia.com



Beratung Vernetzung Unterstützung

**GPA-djp-Mitglieder haben es besser.
Überzeugen Sie sich selbst,
tragen Sie sich ein:**

www.gpa-djp.at/migration

GPA djp

GEWERKSCHAFT DER PRIVATANGESTELLTEN
DRUCK – JOURNALISMUS – PAPIER

work@migration ist eine gewerkschaftliche Interessengemeinschaft **von MigrantInnen für MigrantInnen**. Das Ziel ist, durch Erfahrungsaustausch und Vernetzung, die vielfältigen Diskriminierungen von MigrantInnen wirksam zu bekämpfen.



Wir bieten:

- Rechtsberatung und Rechtsvertretung zu allen Fragen des Arbeitsverhältnisses
- Betriebsratsgründung und -beratung
- Information zu Fremdenrecht und Ausländerbeschäftigungsgesetz
- Rassismus- und Antidiskriminierungsberatung
- Lobbying in Fragen des Aufenthalts- und Beschäftigungsrechts

Mehr Info zur GPA-djp und der work@migration unter:

>> www.gpa-djp.at/migration
>> nicholas.hauser@gpa-djp.at

